

WAHLEN IN WEISSRUSSLAND

Demokratie-Übung in der Diktatur

Ein Land wählt, doch der Sieger steht bereits fest: Der Diktator Alexander Lukaschenko, 56, wird auch nach Sonntag in Weißrussland herrschen. Denn die Demokratie in dem Land ist schwach. In Minsk lehrte unser Redakteur Joachim Braun junge Journalisten, wie man sie stärken kann.

VON JOACHIM BRAUN

Minsk – Es ist ungewohnt warm in Minsk an diesen späten Novembertagen. Wo in anderen Jahren Schnee die offenkundige Armut überdeckt, zeigen aufgerissene Straßen und Baustellen, dass es in Weißrussland wirtschaftlich vorangeht. Zhanna Litvina, 56, Vorsitzende der Journalistenvereinigung Belarusian Association of Journalists (BAJ), hat noch eine andere Erklärung für den Klimawandel in Weißrussland, eine Hoffnung: „Es tut sich was in unserem Land. Die Menschen in Belarus beginnen, gegenüber der Staatsführung skeptisch zu werden.“

Besucher aus Westeuropa dürften aber einen anderen Eindruck bekommen von dem Land, in dem selbst mutige Demonstranten an der roten Fußgängerampel warten. Die Stimmung im Kleinstaat mit seinen 9,5 Millionen Einwohnern kann aber kaum jemand so gut einschätzen wie Litvina. Die energische Frau, der ein Kurzhaaarschnitt zusätzliche Strenge verleiht, sitzt in einem etwas schäbigen Büro in einer Minsker Seitenstraße über einem Schönheitssalon. Mit ihren Mitarbeitern hält sie die Fahne des unabhängigen Journalismus hoch – und kämpft für Demokratie und Menschenrechte.

High Heels auch bei Minusgraden

Seit 1995 ist sie im Amt, nach 20 Jahren beim staatlichen Rundfunk und Fernsehen. Das Europäische Parlament verlieh der Minskerin 2004 den „Sacharow-Preis“, die Friedrich-Ebert-Stiftung 2008 den „Menschenrechtspreis“. Drei Radiosender gründete und leitete Litvina seit ihrem Rauswurf beim Staatsfunk. Alles unabhängige Stationen – und alle wurden sie von der Regierung geschlossen. Ein Schicksal, das wie ein Damoklesschwert über allen Medien hängt, die nicht unter staatlicher Kuratel stehen.

Überhaupt: Der Staat steuert viel, auch die meisten Branchen der Wirtschaft sowie die Preise. Gerade im Großraum Minsk gibt es viel Industrie für Autos, Traktoren, Busse, Konsumgüter – und Einkaufszentren, deren Angebot durchaus mit dem in Westeuropa mithalten kann. Es gibt Milka und Paulaner – zu deutschen Preisen. Autos sind für den Status wichtiger als Kleider, selbst bei Minustemperaturen laufen Frauen in High Heels und kurzen Röcken herum. Es gibt sehr arme – und extrem Reiche.

„Unabhängige Presse ist in Belarus kein Geschäftsmodell, das Gewinne bringt“, sagt Litvina. Das sieht man leicht: Private Lokalzeitungen wie „Intex-Press“ haben, wenn überhaupt, kaum Farbbilder, sind auf gelbem, billigem Papier gedruckt, erscheinen nur ein- bis zweimal pro Woche. Und sie sind vom Verteilungssystem der staatlichen Zeitungskioske ausgeschlossen. Das sind nicht die einzigen Repressalien, die bei einem Lokaljournalisten-Seminar zur Sprache kommen, das das deutsch-weißrussische Bildungszentrum IBB Ende November in Minsk veranstal-



Vorhang auf: Weißrussische Soldaten verlassen die Wahlkabinen bei Vorwahlen in Minsk. Alexander Lukaschenkos Sieg ist programmiert.

FOTO: DPA

tet hat und an dem der Autor dieses Textes als Trainer teilnahm. Die jungen Redakteure aus allen Landesteilen, ausgewählt unter vielen Bewerbern, sollten dort journalistisches Handwerk lernen – und erfahren, dass die Arbeitsbedingungen für Journalisten in Deutschland ganz andere sind.

„Wir erhalten keine Informationen“, klagt der Chefredakteur von „Intex-Press“, Wladimir Janukewitsch, 45, ein hagerer Schnellsprecher, der im Zweifel den Konflikt mit der Staatsmacht sucht. Er steht vorne am Pult, die Zuhörer an den Tischen nicken. Sie kennen das. „Wir stellen eine Anfrage an die Behörden und bekommen nach vier Wochen die Auskunft, dass wir keine Auskunft bekommen“, schimpft Janukewitsch. Alltag in Belarus.

Journalisten müssen sich für die Berufsausübung eine staatliche Erlaubnis holen. Wird sie ihnen kommentarlos verweigert, haben sie keine Möglichkeit, sich zu wehren. Eine Chance auf eine Lizenz haben

ohnehin nur Journalisten, die auf staatlichen Hochschulen ausgebildet – und damit ideologisch geformt worden sind. Janukewitsch ist, wie er sagt, „nicht ausgebildet“ – ein Autodidakt. Er kämpft jeden Tag um das Überleben des 1994 gegründeten Wochenblatts, von dem nur 20 000 Exemplare verkauft werden. Immer hart an der Grenze: Zwei Rügen vom Staat reichen, damit eine Zeitung beim nächsten angeblichen Verstoß ohne Begründung verboten werden darf. Janukewitsch zufolge kann es eine Verwarnung schon geben, wenn „eine Geschäftseröffnung für den 7. statt den 8. Dezember angekündigt wird“.

Der staatlichen Willkür sind keine Grenzen gesetzt – auch nicht gegenüber Journalisten. Litvina, „BAJ“ berichtet in Broschüren auf Englisch von Journalisten, die von Ordnungsgewalt verprügelt werden. Andere werden zu Arbeitslager verurteilt. Und wenn das dem Staat nicht reicht, ruiniert er Medien und

Reporter durch Geldstrafen. Meist sind die Schikanen perfider: In der unabhängigen, gut gemachten Wirtschaftszeitung „Die Belarussen und der Markt“ schalten die Banken seit einem Jahr keine Anzeigen mehr. Wie es heißt, wurden die Direktoren ins Ministerium gebeten. Dort sagte man ihnen, sie dürften selbstverständlich weiterhin in dem

„Der Staat muss die Presse kontrollieren“

Blatt inserieren, aber dann würde sie der Staat bei ihren Geschäften leider nicht mehr unterstützen können ...

Im Seminar geht es auch um die Pressefreiheit in Deutschland. Als der Autor im Seminar bedauernd anmerkt, dass viele Lokaljournalisten im Westen die Freiheit, die sie haben, nicht ausschöpfen, rührt sich Widerstand. Natalja Tumilowitsch, schlank, blond, Mitte

30, meldet sich zu Wort. Sie ist Dozentin an einem staatlichen Institut, eine offizielle Journalisten-Ausbilderin. „Die Presse muss vom Staat kontrolliert werden“, behauptet sie. Das geschehe zu deren eigenen Schutz – und zu dem der Leser. Man müsse verhindern, dass die Bürger nicht wahrheitsgemäß informiert werden.

Dann will sie noch wissen, was in Deutschland passiere, wenn die Zeitung einen Fehler mache. „Dann korrigieren wir den am nächsten Tag“, heißt die Antwort. Tumilowitsch ist nicht zufrieden. „Wer garantiert dafür?“, fragt sie. Auch die Auskunft, dass „Glaubwürdigkeit das höchste Gut der Zeitung“ sei, heißt die amtlich-weißrussische und die deutsche Perspektive nicht näher zusammen. Wie auch?

Während in Deutschland – im Prinzip – alle Macht vom Volk ausgeht, zieht in Europas letzter Diktatur Staatschef Alexander Lukaschenko die Fäden. Seit 1994 herrscht er, wurde zweimal vom Volk wieder-

gewählt, zuletzt 2006 mit über 80 Prozent der Stimmen. Keine der Wahlen genügte internationalen Standards, auch für den Urnengang am Sonntag steht das Ergebnis wohl schon fest. Kürzlich sagte Lukaschenko, er wäre mit 70 Prozent der Stimmen zufrieden. Tatsächlich bekam der 56-Jährige in offiziellen Meinungsumfragen im Oktober und November zwischen 66 und 71 Prozent, Tendenz steigend. Sogar unabhängige Umfragen wiesen ihm einen Anteil von knapp 50 Prozent zu – trotz neun Gegenkandidaten. Das hat einen guten Grund. Die meisten Menschen in Weißrussland wissen gar nicht, wer da gegen den Diktator antritt. Im November meldeten die staatlichen Fernsehsender zwar, dass zehn Männer zur Wahl antreten. Namen wurden aber nicht genannt.

Lukaschenko ließ sich vorsorglich 50 Prozent aller Plakatwände im Land reservieren, für die sonstigen Werbetreibenden und andere Parteien blieb nicht viel. Da kann es

sich der Präsident sogar leisten, die – erstmals – angesetzten Fernsehdebatten mit der Opposition zu schwächen.

Um die veröffentlichte Meinung zu kontrollieren, braucht Lukaschenko kein so plumptes Medium wie eine Zensurbehörde. Die meisten Radio- und alle Fernsehsender sind in staatlichem Eigentum. Nur einen polnischen Sender mit täglich ein- bis zweistündigem weißrussischen Programm kann man im Land empfangen. Die Reporter arbeiten allerdings ohne Lizenz, sind also nicht offiziell anerkannt.

Bei den Zeitungen ist es ähnlich. Der staatliche Journalistenverband sagt zwar, dass von den 653 Zeitungen im Land nur 209 staatlich seien. Aber das ist Augenschwermerei: Denn jedes Reklameblättchen, jeder Wurfzettel wurde mit eingerechnet. Im Seminar spricht Janukewitsch von nur 17 unabhängigen Blättern. 2003 seien es 58 gewesen. Im Vergleich zu den 400 000 Exemplaren der weißrussischen Prawda „Sowietska Belarus“ ist überdies deren Verbreitung verschwindend gering. Als Wadim Gigin, Generalsekretär des staatlichen Journalistenverbands, im Seminar erklärt, die große Zahl der Abonnenten zeige, wie gut die staatlichen Zeitungen gemacht sind, grinst Janukewitsch verbissen: Die offizielle Presse lebt davon, dass Betriebe und Funktionäre sie beziehen müssen. Und sie bekommen Geld vom Staat. Ob die Verlautbarungorgane auch gelesen werden, sei dahingestellt. Kritische Berichterstattung gibt es jedenfalls nicht.

Das gleiche Bild bei den Lokalzeitungen: Sie gehören meist dem örtlichen Exekutivkomitee, einem Parteigremium, das es seit Sowjetzeiten gibt. Der Bürgermeister sucht sich seinen Chefredakteur selber aus. Nur wenige, ganz ge-

Bürgermeister suchen Chefredakteure aus

wiesfte Journalisten wie Wladimir Scharlo aus der Provinzstadt Brest haben einen Ausweg gefunden. An der Zeitung „Brest am Abend“ hält die Stadt einen Anteil von 20 bis 25 Prozent. Das schützt vor Repressalien. Aber um direkt Einfluss auf die Redaktion auszuüben, sei der Anteil zu gering, behauptet Scharlo.

Im November zeigte das Blatt Lukaschenko und seine Gegenkandidaten auf Seite 1 mit Bild und kurzem Lebenslauf – andere Zeitungen trauen sich das nicht. Viel weiter jedoch geht die Berichterstattung nicht – zum Bedauern der Journalisten im Seminar. Wie könne man über die alltägliche Korruption berichten, fragen sie. Über Hochschullehrer, die gute Noten gegen Bares verteilen? Über Werksleiter, die das Geld für Sanierungen von Wasserleitungen in die eigene Tasche stecken? Da fällt eine Antwort schwer. Denn wenn sich Reporter in Weißrussland nicht selbst in Gefahr bringen wollen, müssen sie schweigen.

„Wir sind immer noch ein sowjetisches Land“, sagt Litvina. Es ist 2010, 19 Jahre ist der Zusammenbruch der Sowjetunion her. Litvina spekuliert auf das „Gesetz der gesellschaftlichen Ermüdung“, wie sie es nennt. Darauf, dass die Weißrussen irgendwann das Vertrauen zu Lukaschenko verlieren. Wenn der Staatsapparat wankt, sagt sie, dann habe auch der Journalismus eine Chance. Und dann, so die Hoffnung aus dem IBB-Seminar, werden die jungen Reporter das, was sie in den zwei Tagen Seminar geübt haben, auch wirklich umsetzen können: Demokratie.



Kritischer Blick: Eine Frau schaut in Minsk auf ein Wahlplakat für Staatschef Alexander Lukaschenko. Links die jungen Journalisten, die in einem Kurs der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte Johannes Rau (IBB) in Minsk viel über freien Journalismus lernten. AP/JOB (2)



Zhanna Litvina
 kämpft in Weißrussland für unabhängigen Journalismus



Joachim Braun,
 Merkur-Redakteur, bildete in Minsk Journalisten aus

WEISSRUSSLAND

FLÄCHE: 207 600 qkm
 (drei Fünftel der Fläche Deutschlands)

STAATSFORM: Präsidialrepublik
 EINWOHNER: 9,5 Millionen, 80 % orthodoxe Christen
 VOLKSGRUPPEN: 81 % Weißrussen, 11 % Russen, 4 % Polen
 WIRTSCHAFTSLEISTUNG pro Kopf: 12 500 \$ (Schätzung 2009)
 ARBEITSLOSENQUOTE: 0,8 %
 INFLATIONSRATE: 12,95 %

Quelle: CIA

